

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1243

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/3378

Querung L304 Bernau-Waldfrieden

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Landesplanung die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Im Bernauer Ortsteil Waldfrieden führt die Landesstraße 304 als Wandlitzer Chaussee vom Stadtzentrum bis zur B273. In Höhe der Einmündung „Am Rehpfad“ befindet sich eine Bushaltestelle, welche vor allem von Schülern und älteren Menschen genutzt wird. Die Siedlung befindet sich ausschließlich auf der westlichen Seite der L304, so dass von Bernau kommende Buspassagiere immer die Straße überqueren müssen. Eine Querungshilfe gibt es an dieser Stelle bis heute nicht.

Da die L304 einst für 70 km/h außer Orts freigegeben war, fahren noch heute viele Verkehrsteilnehmer zu schnell. Messungen ergaben ein tatsächlich gefahrenes Geschwindigkeitsniveau von 72 km/h. Das führt an dieser Stelle zu erheblichen Konflikten zwischen Fußgängern und Kraftfahrzeugen.

Bereits im Juni 2017 formuliert die untere Straßenverkehrsbehörde zur Situation vor Ort (LK Barnim): „Die Querungsbereiche zum Geh- und Radweg sowie zur Haltestelle sind nicht besonders gesichert. Eine Querungshilfe in der Form einer Mittelinsel und die Ausleuchtung der Haltestellen würden die Situation deutlich verbessern. Aus Sicht der Straßenverkehrsbehörde werden die Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit angeregt. Im Anhörungsverfahren wurde bereits eine mittelfristige Maßnahme in Form einer ähnlichen Lösung wie am Knotenpunkt Lanker Straße/Fritz-Heckert-Straße für den Bereich der Bushaltestellen Am Rehpfad/ Waldkater vorgeschlagen.“

Seit 2017 ist der Ortsbeirat des Bernauer Ortsteiles Waldfrieden um eine Lösung bemüht. Ein Fußgängerüberweg wurde von der unteren Straßenverkehrsbehörde (LK Barnim) abgelehnt, weil dieser nicht wesentlich zur Reduzierung der Geschwindigkeit beitragen würde. Es wurde eine Mittelinsel zur sicheren Querung empfohlen. Ein Antrag für eine Mittelinsel wurde 2019 angenommen.

Seitdem geschah nichts, denn es gibt Differenzen bezüglich der Finanzierung.

1. Ist der Landesbetrieb Straßenwesen Baulastträger der L304 in diesem Bereich?

zu Frage 1: Ja.

2. Ist der Landesbetrieb Straßenwesen für Verkehrssicherheit der L304 in diesem Bereich zuständig?

zu Frage 2: Der Landesbetrieb Straßenwesen ist zuständig für die Verkehrssicherungspflicht der L 304.

3. Ist der Landesbetrieb Straßenwesen finanziell verantwortlich für Maßnahmen, welche innerhalb des Stadtgebietes der Stadt Bernau bei Berlin zur Erhöhung der Verkehrssicherheit von Landesstraßen erforderlich sind?

zu Frage 3: Der Landesbetrieb Straßenwesen ist verantwortlich für den verkehrssicheren Zustand der Straße. Für darüber hinaus gehende Maßnahmen liegt die Verantwortung bei der Stadt Bernau.

4. Kommt an dieser Stelle eine Maßnahme auf Basis des Leitfadens für die Gestaltung von Ortsdurchfahrten im Land Brandenburg (MIL 2011) zum Tragen?

zu Frage 4: Der OD-Leitfaden kann für einen Überblick herangezogen werden. Grundsätzlich gelten jedoch vorrangig die Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen von 2006 (RASt 06) und die Empfehlungen für Fußgängerverkehrsanlagen (EFA).

5. Welche Lösung ist an der betreffenden Stelle angezeigt? Welche Maßnahmen kann bzw. wird hierzu die Landesregierung ergreifen?

zu Frage 5: Der Stellungnahme der unteren Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Barnim schließt sich der Landesbetrieb Straßenwesen (LS) an. Die effektivste Gestaltung zur Lösung der genannten Probleme (überhöhte Geschwindigkeit, Querungsstelle für Fußgänger im Bereich der Bushaltestellen) wird mit der Anlage einer Mittelinsel, wie am Knotenpunkt Lanker Straße/ Fritz-Heckert-Straße bereits umgesetzt, erreicht. Die hier anzulegende Mittelinsel sollte zusätzlich den Anforderungen einer Ortseinganginsel nach RAST 06 entsprechen.

Aufgrund der Vielzahl von Maßnahmen und der nur begrenzt zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Kapazitäten der Straßenbauverwaltung, kann derzeit eine Einstellung dieser Maßnahme in das Projektprogramm des Landesbetriebes Straßenwesen nicht in Aussicht gestellt werden.